gegen 14 Arbeiter angeklagt wurden. Der sich unter den Angeklagten befindliche Reichsbannermann Kohler wurde vom Rechtsanwalt der Roten Hilfe, Berlet, verteidigt.

Am 24. Februar 1932 kam es vor dem Arbeitsamt in Borna zu schweren Zusammenstößen von SPD-Arbeitern und Kommunisten mit den Nazis. Unter den elf wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagten Arbeitern befanden sich neben Reichsbannern- und SPD-Leuten, die von unserem RH-Rechtsanwalt Kolbe, Leipzig, verteidigt wurden.

Anläßlich eines Werbeumzuges des Reichsbanners und der Eisernen Front in Dresden am 12. März 1932 kam es zu einem Zusammenstoß mit Nazis und Polizei. Sieben Arbeiter, darunter vier SPD-Arbeiter, wurden wegen schweren Aufruhrs angeklagt und durch die Rote Hilfe verteidigt.

In Leipzig kam es am 13. Juli 1932 zu einem Zusammenstoß mit Nazis und der Polizei. Zwei wegen schweren Aufruhrs angeklagte Arbeiter, darunter der Reichsbannerarbeiter Meyer, wurden von unserem Rechtsanwalt Kolbe verteidigt.

In Gottleuba demolierten am 13. März 1932 die Nazis Arbeiterwohnungen und verletzten einen Arbeiter durch Lungenschuß. 26 Arbeiter wurden angeklagt. Unter ihnen befand sich der Reichsbannermann Schäfer.

Das Reichsbanner lehnte es ab, Schäfer Rechtsschutz zu gewähren, weil er sich mit den Kommunisten eingelassen habe. Schäfer wurde durch die Rote Hilfe vom Rechtsanwalt Helm, Dresden, verteidigt.

Das sind nur einige von den vielen Fällen, in denen sozialdemokratische Arbeiter von der Roten Hilfe verteidigt wurden.

Was sagt Bartl dazu, daß sich die Rote Hilfe seiner annimmt?

Der Rechtsanwalt Dr. Hartmut Berlet in Chemnitz, der Verteidiger des Antifaschisten Bartl, schreibt einen Brief an die Rote Hilfe, in dem er sagt,

daß Bartl sich besonders darüber freut, daß sich die Rote Hilfe der Sache angenommen hat und daß die Jungs (damit meint er die Arbeiter in den Betrieben) Protestaktionen für ihn einleiten.

Hier entlarvt sich die gemeine Lüge der Sozialfaschisten, daß die Kommunisten Bartl im Stich gelassen hätten, an den eigenen Ausführungen Bartls selbst. Wir bringen an anderer Stelle einen Auszug des Briefes, den der Rechtsanwalt Berlet geschrieben hat.

Weil die Sozialfaschisten keine Tatsachen anführen können, die beweisen, daß sich die Kommunisten nicht überall und in jeder Beziehung für die Sache der Arbeiterschaft einsetzen, deshalb greift sie zu so schmutzigen Verleumdungsmanövern.

Wer aber sabotiert den Kampf gegen das Chemnitzer Schreckensurteil? – die SPD!

Dafür einige Beweise. **In der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Hohenstein-E lehnten es die SPD-Bürokraten ab, über eine Protestresolution gegen das Chemnitzer Schreckensurteil abzustimmen.**

In einer Siedlerversammlung der Allgemeinen Baugenossenschaft Gablenz am 5. Dezember verhinderte die Versammlungsleitung unter dem Vorsitz des bekannten SPD-Mannes Wagner die Abstimmung über einen Antrag, der von der Opposition eingebracht worden war und Aufhebung des Todesurteils und sofortige Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen fordert.

Im Sächsischen Landtag brachte die SPD-Fraktion einen sogenannten Amnestieantrag für Bartl ein, in dem sie Bartl des Totschlags bezichtigt, während einwandfrei feststeht, daß Bartl überhaupt nicht geschossen hat.

Während so die SPD, die in allen Parlamenten die Ausgaben im Etat für die faschistische Klassenjustiz bewilligt, den Kampf um die Rettung Bartls sabotiert, verstärken die Kommunisten die Organisierung des Massenkampfes gegen das Todesurteil.

Immer neue Proteste gegen das Todesurteil

In Lohmen sammelte die KPD 200 Unterschriften mit der Forderung auf Freilassung Bartls.

Der **Gesamtbetriebsrat des Bahnbetriebswerkes Dresden-Friedrichstadt** beschloß einstimmig eine Protestresolution gegen das Todesurteil.

1300 im **Volkshaus in Limbach** versammelte Arbeiter und Arbeiterinnen fordern die Zurücknahme des Todesurteils.

In der kleinen Gemeinde **Heinrichsort** sammelten die Kommunisten von den 1400 Einwohnern 400 Protestunterschriften.

So organisieren die Kommunisten in den Betrieben und an den Stempelstellen, unter allen Schichten der Arbeiter den Massenprotest gegen das ungeheuerliche Schreckensurteil von Chemnitz, das Klassenjustiz der faschistischen Diktatur in Deutschland beleuchtet. Die SPD, die die Papenregierung tolerierte, die die Behandlung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen die faschistische Schleicherdiktatur im Reichstag verhinderte, wird und kann niemals einen wirklichen Kampf gegen die faschistische Klassenjustiz führen. Trotz ihrer ungeheuren Hetze verstärken wir die Massenmobilisierung für die Rettung Bartls und dieser

Massenkampf wird Bartl dem Henker entreißen.

Glühendes Bekenntnis von Wels zum imperialistischen Krieg!

„Für das Vaterland das Letzte hinzugeben". „Selbst die Spaltung der Partei ertragen.."

Vor der 5. Strafkammer des **Landgerichts in Berlin** fand am Mittwoch ein Prozeß statt, der die schmachvolle Rolle der sozialdemokratischen Führer als aktive Dienstbaten der Bourgeoisie und der imperialistischen Kriegsverbrecher entlarvt. In einem Artikel der „Deutschen Zeitung" wurde Wels der Vorwurf gemacht, er habe Landesverrat begangen. Was ein richtiger sozialdemokratischer Führer ist, läßt niemals den Vorwurf auf sich sitzen, daß er Verrat am kapitalistischen „Vaterland" begangen habe. Und so klagte Wels denn gegen die verantwortlichen Redakteure der „Deutschen Zeitung".

Bei dieser Gelegenheit kommen nun jene interessanten **Einzelheiten** ans Tageslicht, die der deutschen Arbeiterschaft beweisen, daß die sozialdemokratischen Führer die Regierung Brüning, die Regierung der Notverordnungen und der Artikel-48-Diktatur nicht nur tolerierten, sondern sogar für diese Regierung und für die deutschen Bankmagnaten ins Ausland fuhren, um die Gunst des englischen Imperialismus für das Brüning-Kabinett zu erbetteln.

Wels sagte vor Gericht folgendes aus:

„Bei einer Unterredung zwischen mir und Brüning regte Brüning an, ich solle nach England fahren, um dort durch eine persönliche Rücksprache mit Henderson (damals noch englischer Außenminister) finanzielle Hilfeleistung Englands für Deutschland zu fordern. Als im Juli der Zusammenbruch der Banken drohte, entschloß ich mich, nach England zu gehen. Nur auf diese Weise konnten Unruhen im Innern des Landes verhütet und der wirtschaftliche Zusammenbruch abgewendet werden."

Die Sorge der Sozialdemokratie war es also, die Brüningregierung zu retten und für die Millionensubventionen an die Bankmagnaten zu sorgen. Wels schildert nun weiter, daß Henderson finanzielle Hilfe ablehnte, mit der Begründung, daß die Zollunionspolitik und der Panzerkreuzerbau den Frieden bedrohe. Nun verteidigte natürlich Wels seinen Herrn und Meister Brüning mit voller Inbrunst. Folgendes sagte er darüber vor Gericht aus:

„Ich versuchte, ihm das auszureden. Ich sagte ihm, man müsse Brünings Lage berücksichtigen. Die Sozialdemokratie müsse den Sturz Brünings verhindern und deshalb auch für die zweite Rate des Panzerkreuzerbaues stimmen. Nur so konnte sie politische Erschütterungen vermeiden."

Geradezu sensationell war das Bekenntnis des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, daß die SPD durch ihre verbrecherische Kriegspolitik die Spaltung der Arbeiterklasse im Dienste der imperialistischen Kriegsverbrecher herbeigeführt hat. Wels führte nach dem Vorwärts wörtlich aus:

„In Wirklichkeit hat niemand in so hohem Maße den Begriff wahrgemacht: „Das Vaterland steht über der Partei." Denn sie hat für das Vaterland selbst das Letzte hingegeben: Die Einigkeit der Partei selbst, indem sie wegen ihrer Stellung zum Vaterland selbst die Spaltung der Partei ertragen mußte!"

Dieses Bekenntnis gehört in die Hand eines jeden SPD-Arbeiters! Wels spricht es offen aus: „Wir nehmen die Parteispaltung in Kauf" — um als getreue Knechte den deutschen Imperialisten zu dienen und die Proleten zur Verteidigung der kapitalistischen Profitinteressen auf die Schlachtfelder zu treiben. Das sind dieselben Leute, die heute nicht müde werden, die Kommunisten, die unter Führung Liebknechts, Luxemburgs und Lenins die rote Fahne des Klassenkampfes hochgehalten und getreu den Lehren des revolutionären Marxismus den schonungslosen Kampf gegen die imperialistische Kriegsfront geführt haben, als Spalter und Feinde der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Wels hat nicht den geringsten Hehl daraus gemacht, daß die sozialdemokratischen Führer auch heute und jederzeit alles daran setzen werden, genau wie 1914 die Arbeiterschaft auf die Schlachtfelder zu jagen, wenn die Kapitalisten, die fieberhaft zum Krieg gegen die Sowjetunion rüsten, das Signal dazu geben.

Den Bemühungen des Herrn Wels konnten sich die angeklagten sozialistischen Redakteure nicht anschließen. Kurzerhand nahmen sie ihre Behauptungen zurück und fanden sich zu einem Vergleich bereit.

Zahllose sozialdemokratische Arbeiter werden voll Empörung die Fäuste ballen, wenn sie die zynischen Bekenntnisse ihres „Führers" lesen. Sie müssen aber ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß Wels vor Gericht immer wieder beteuerte: „Ich verteidige mich hier nicht als Person. Es handelt sich hier um meine Partei."

Naziaufseher im SPD-Arbeitsdienstlager

270 Millionen Mark für die ideologische Vorbereitung der Dienstpflicht aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung

Der neue Reichsarbeitsminister **Syrup** hielt in der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages eine Rede über den Arbeitsdienst. Syrup erklärte, daß bereits 280 000 Arbeitsdienstler beschäftigt werden. Die bisher dem Arbeitsdienst zugeführten 45 Millionen Rm verbraucht. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung habe jedoch weitere 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, es werden aber in nächster Zeit noch 300 Millionen gebraucht.

Wenn man auf Grund der Arbeitsdienstpflicht einen ganzen Jahrgang von jungen Jugendlichen einziehen wolle, so koste das rund 600 Millionen Mark. Deshalb werde die Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht nicht leicht zu erfüllen sein. Bei der Frage Arbeitsdienstpflicht oder „freiwilliger Arbeitsdienst" sei vor allem folgende Frage entscheidend:

„Ist die ideologische Grundlage des Arbeitsdienstes, die eine andere als die der Wehrpflicht ist, trotz der Verwandtheit und der politischen Zersplitterung unserer Jugend bereits so stark, daß die praktische Durchführung der zwangsweisen Arbeitsdienstpflicht ohne Gefahr schwererer innerer Spannungen unter den Dienstpflichtigen erfolgen kann? Wird der Geist der Kameradschaft und der Gemeinschaftsgedanke in den Arbeitslagern nicht durch widerstrebende Dienstpflichtige, deren Dienstleistung durch staatliche Zwangsmittel gesichert werden muß, beeinträchtigt?"

Damit hat Syrup, der als Vertrauensmann der Gewerkschaftsführer ins Schleicherkabinett berufen wurde, seine Absichten weitgehend enthüllt. Sein Ziel ist die Dienstpflicht. Da aber schon heute die Arbeitsdienst-„Freiwilligen" wegen schlechter Verpflegung, Entlohnung und Behandlung streiken, hält er es für das wichtigste, die ideologische Vorbereitung zu verstärken.

Die SPD-Führer sind für den „freiwilligen" Arbeitsdienst. Reichsbanner und sozialdemokratische Sportvereine organisieren ihn praktisch. Gewerkschaftsführer vermitteln „Dienstwillige" und Teilnehmer an Führerschulen. Syrup erklärt, die Schaffung einer ideologischen Grundlage für die Dienstpflicht als das wichtigste. Diese augenblicklich notwendigste Aufgabe erfüllt der „freiwillige" Arbeitsdienst.

So bereiten die SPD-Führer dem Faschismus praktisch den Weg.

In den bestehenden Arbeitsdienstlagern arbeiten SPD-Führer und Nazis in engster Gemeinschaft. So ist

in dem vom Reichsbanner organisierten Arbeitsdienstlager in Königstein ein Nazi als Aufseher tätig.

Das kennzeichnet die wahre Rolle der SPD-Führer bei der Durchführung des faschistischen Arbeitsdienstes deutlich genug.

Empörend ist die Art der Finanzierung des Arbeitsdienstes. Nach dem diktatorischen Unterstützungsabbau werden immer neue Millionen aus dem Fonds der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zur Finanzierung des Arbeitsdienstes verwendet.

Das arbeitende Volk verstärkt den Kampf gegen das Arbeitsdienstsystem. Gleichzeitig fordern Millionen dringender als je Erhöhung der sozialen Unterstützungen, den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich, Schaffung von Arbeitsmöglichkeit in tariflichen Löhnen, Winterhilfe, Brot, Kartoffeln und Kohlen für die Arbeitslosen und alle Notleidenden.

Arbeiter Bartl an die Rote Hilfe:

„Ich freue mich, daß die Rote Hilfe für mich kämpft"

Der neuesten Nummer der „Tribüne", der Zeitung der Roten Hilfe, entnehmen wir auszugsweise den heute veröffentlichten Brief Dr. Berlets an die Rote Hilfe:

Bartl selbst ist völlig ruhig und gefaßt. Er ist der Auffassung, daß er ganz zu Unrecht wegen Mordes verurteilt wurde. Er erklärte, daß er einen rechtswidrigen Angriff gegen den anderen und ihn abwehren wollte; denn erst, als er bedroht wurde, habe er seine nicht repetierte Pistole gezogen, um lediglich durch die Wirkung der Pistole die auf ihn eindringenden Nationalsozialisten zurückzuschrecken. Er erklärt, daß der andere, als sie in das Lokal gingen, nie die Absicht gehabt hat, überhaupt von der Pistole Gebrauch zu machen, sie also weder mit Tötungsabsicht, geschweige denn mit Ueberlegung gehandelt hätten.

Besonders freut sich Bartl darüber, daß sich die Rote Hilfe der Sache angenommen hat und daß die Jungs, so drückte er sich aus, in den Betrieben Protestaktionen für ihn einleiteten. Er ist glücklicherweise unverzagt und erhofft sich von dem Fortgang des Verfahrens eine für ihn günstige Wendung im Prozesse.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Hartmut Berlet, Rechtsanwalt.

Neugersdorfer Erwerbslose kämpfen um die Winterhilfe

Wie wir gestern bereits kurz berichteten, zogen hunderte von Erwerbslosen vor das Neugersdorfer Rathaus. Um ihren Forderungen nach Winterhilfe Nachdruck zu verleihen, besetzten sie das Rathaus und verlangten vom sozialdemokratischen Bürgermeister Rohbach die Erfüllung ihrer Forderungen. Diese SPD-Größe lehnte jedoch alle Forderungen ab.

Anstatt den Hungernden Brot, Kartoffeln und Kohle zu geben, alarmierte er nicht nur die gesamte Neugersdorfer Polizei, sondern holte noch ein Ueberfallkommando von Zittau herbei, um so die Erwerbslosen mit Gewalt aus dem Rathaus zu entfernen.

Während sich der revolutionäre Erwerbslosenausschuß mit allen Kräften für die Erfüllung der Winterhilfsforderungen einsetzte, stellten sich die sozialdemokratischen Vertreter überhaupt nicht stellen.

In heller Empörung über die Schuftigkeit des SPD-Bürgermeisters Rohbach zerriß ein Reichsbannerarbeiter sein Mitgliedsbuch.

Der Kampf der Neugersdorfer Erwerbslosen zeigt, daß die SPD-Beamten die eigentlichen Durchführer der faschistischen Hunger- und Notverordnungspolitik sind. Nur im Massenkampf gegen die faschistische Diktatur und ihre sozialfaschistischen Stützen können die Erwerbslosen ihre Existenz sichern. Kämpft in roter Einheitsfront gegen Hunger und Frost — für Brot, Kartoffeln, Kohlen!

Genosse Kurt Fischer frei!

Am 7. Dezember, 14 Uhr, wurde Genosse Kurt Fischer, Chemnitz, plötzlich ohne irgendwelche Mitteilung über die Gründe des gegen ihn angeblich eingeleiteten Verfahrens aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Entlassung des Genossen Fischer ist ein Erfolg der sich täglich steigernden Protestwelle gegen Klassenjustiz und der Kampfe gegen das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl.

Verstümmeltes Amnestiegesetz

Im Reichstag gelangte nach Ablehnung aller, die Freilassung unserer proletarisch-politischen Gefangenen fordernden kommunistischen Amnestieanträge, ein vollkommen verstümmeltes Amnestiegesetz zur Annahme, dem die Kommunisten dennoch ihre Zustimmung gaben, um wenigstens einen Teil unserer Gefangenen der Klassenjustiz zu entreißen.

Wir kommen noch ausführlich auf das Amnestiegesetz zurück.

Kommunistisches Manifest beschlagnahmt

Am Freitagvormittag hat die Berliner Polizei in sämtlichen Arbeiterbuchhandlungen das Kommunistische Manifest beschlagnahmt.

„Wir haben uns nicht in den Weg gestellt"

DMV-Stricker, Hannover, zum Papenprogramm, Schleicher-Regierung das „kleinere Uebel"

In der Sitzung des Bürgervorsteherkollegiums in Hannover kam es am Mittwoch anläßlich der Beratung eines Antrages auf Straßenbau zu einer interessanten und aufschlußreichen Debatte über die Regierung Papen und die jetzige Regierung Schleicher. Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär des Metallarbeiterverbandes, **Strieker**, erklärte in einer Rede zur verflossenen Papenregierung:

> „Wir sabotieren nicht das Wirtschaftsprogramm der Papenregierung, wir haben uns dem nicht in den Weg gestellt. Sie (zu den Bürgerlichen) haben gar keinen Grund, uns den Vorwurf zu machen, daß wir das Papenprogramm kaputt gemacht haben. Papen hat Schiffbruch erlitten, weil er sich nur auf das freie Unternehmertum verlassen hat."

Als die Kommunisten diese Eingeständnis feststellten, tobte zwar die sozialdemokratische Fraktion, aber Strieker bestätigte in seiner erneuten Erklärung die Feststellungen, indem er seine Ausführungen noch einmal unterstrich und dann zur neuen Regierung Schleicher sagte:

> „Wir freuen uns, daß jetzt allmählich eine Wandlung eintritt (!) und die Erkenntnis wächst, daß nur über den Weg der Gewerkschaften Arbeit geschaffen werden kann. Die scharf bekämpften Pläne der Gewerkschaften haben sich durchgesetzt, und wir freuen uns, daß sie sich von anderer Seite zu eigen gemacht werden. Wir haben die Hoffnung, daß mit der Ernennung des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, wir einen Schritt weiterkommen." (!)

Wir müssen die Eingeständnisse Striekers benutzen, um die sozialdemokratischen Klassengenossen und freigewerkschaftlichen Kollegen in unsere Einheitsfrontaktion gegen die Schleicher-Diktatur zum gemeinsamen Kampf um ihre Lebensinteressen zu gewinnen.